

Exponat des Monats

Mai 2019

„Bonn und der Rhein laden Sie ein“: Hermann Wandersleb und die Hauptstadtfrage

Die Werbebroschüre vom 4. Mai 1949 richtete sich an die Abgeordneten des Parlamentarischen Rats und sollte diese von der Eignung Bonns als zukünftige Hauptstadt der Bundesrepublik überzeugen. Nur fünf Tage später erfolgte die Abstimmung, in der die Delegierten zwischen Bonn und Frankfurt am Main als provisorischem Sitz der Bundesregierung entschieden. Autor des Blättchens war Hermann Wandersleb, der sich im Auftrag der Landesregierung von Nordrhein-Westfalen für die Wahl Bonns einsetzte.



„Bonnifacius“, „Bonn-Macher“, wurde Wandersleb deshalb später genannt. Der Jurist, seit 1946 Ministerialdirektor und Chef der nordrhein-westfälischen Staatskanzlei, hatte 1948 vorgeschlagen, den Parlamentarischen Rat in Bonn tagen zu lassen. In geschickten Verhandlungen überzeugte er acht von elf Ministerpräsidenten von seiner Idee – eine historische Weichenstellung. Denn ohne diesen Vorschlag wäre wohl niemand auf die Idee gekommen, dass Bonn nach der Staatsgründung als Sitz der Bundesorgane in Frage käme.

Auch nicht Konrad Adenauer: Zwar stand für ihn schon 1946 fest, dass die Zentrale eines neu zu gründenden Staats nicht in Berlin, sondern in den Westzonen liegen müsse. Die Stadt Bonn spielte in seinen frühen Überlegungen zur Hauptstadtfrage jedoch noch keine Rolle. Als er 1948 zum Präsident des Parlamentarischen Rats gewählt wurde, setzte er sich – wohlbe-

dacht nur hinter den Kulissen – für Bonn als provisorische Hauptstadt ein. Dabei ging es ihm keineswegs allein um die Nähe zu seinem Wohnort Rhöndorf. Vielmehr standen politisch-symbolische Erwägungen im Vordergrund. Auch entwickelte sich die Hauptstadtfrage zum politischen Machtkampf mit dem SPD-Chef Kurt Schumacher, der seine Partei geschlossen auf die Wahl Frankfurts einschwor.



Hier wirkt ein Abgeordneter



Dieser Blick erfreicht den Pressemann am Morgen



Wo schon Kinkel, Schurz und Freiligrath für ein demokratisches Deutschland kämpften ...

Es wäre dazu nichts mehr zu sagen, wenn nicht einige — für Bonn allerdings ganz besonders günstige — Ergebnisse des Berichts angezweifelt und bestritten worden wären.

Ein Blick auf das seit einer Woche zum Richtfest bereite Stahlgerüst am gegenwärtigen Tagungsgebäude des Parlamentarischen Rates dürfte die noch vor kurzem geäußerten Bedenken hinsichtlich rechtzeitiger Fertigstellung eines Plenarsaals ausräumen.

Den Abgeordneten des Parlamentarischen Rates und ihren Mitarbeitern wurde das Ertragen des Lärms der Bauarbeiten nicht zugemutet, um ein *fait accompli* zu schaffen, sondern um die **Möglichkeit zu sofortiger Aufnahme der parlamentarischen Arbeit nach der Wahl** der Abgeordneten der deutschen Bundesrepublik zu geben. Tritt das Parlament an anderer Stelle zusammen, so hat die Beethovenstadt Bonn auch anderweitige gute Verwendung für den Saalbau.

Jeder einzelne Arbeiter am Bau aber schafft geradezu mit Begeisterung und mit dem offen ausgesprochenen Wunsche, dieses Werk seiner Hände möge unmittelbar dem Aufbau der neuen demokratischen Republik Deutschland dienen.

Besonders scharf kritisiert werden die Feststellungen des Kommissionsberichtes zu dem Punkt: **Finanzielle Fragen.**

Sie lauten für **Bonn:**

„Für den Ausbau der vorgesehenen Objekte entstehen insgesamt etwa 3,8 Mill. DM an **einmaligen Kosten**, von denen **durch den Bund etwa 1,9 Mill. DM zu tragen** sind.

An **laufenden Mietkosten** ist lediglich für die als Sitz des Bundespräsidenten vorgesehene Villa Hammerschmidt als einziges in privater Hand befindliches Objekt ein laufender Mietzins von **37 000,— DM jährlich** durch den Bund zu zahlen.“

dagegen für **Frankfurt:**

„Der für den endgültigen Ausbau der von der bizonalen Verwaltung in Anspruch genommenen Gebäude veranschlagte Betrag beläuft sich auf **ca. 11 Mill. DM**. Hierbei ist noch zu berücksichtigen, daß diese Aufwendungen zum Teil in private Gebäude investiert werden müssen.

Der vom Bund aufzubringende Betrag an **laufenden Mietkosten** beläuft sich auf **jährlich 950 000,— DM**. In dieser Summe ist der Betrag für das evtl. noch anzumietende Gebäude der Allianz nicht enthalten.“

Die Zahlen für die Stadt Frankfurt beruhen auf den eigenen Angaben ihrer Vertreter, sind also sicher nicht niedriger. Andererseits sind die Zahlen für Bonn für den von der Kommission geforderten Raumbedarf tatsächlich nicht höher als angegeben. Neubauten größeren Umfangs sind hier für die Ministerien eben nicht nötig. Die von der Landesregierung einstimmig beschlossene Übernahme eines großen Teils der Kosten für den Ausbau der bisherigen

Hermann Wandersleb ging in seiner Publikation vor allem auf die finanziellen Pluspunkte einer Entscheidung für Bonn ein, etwa niedrige Mietkosten dank finanzieller Unterstützung der Landesregierung. Als zentrales Argument führte er an, dass es in Bonn keine neuen Beschlagnahmen von Wohnraum geben würde, also Neid und Missstimmung in der Bevölkerung vermieden würden. Abschließend und nachdrücklich akzentuierte Wandersleb außen- und innenpolitische Vorteile Bonns: die linksrheinische Lage der Stadt in der Nähe des Ruhrgebiets und die enge Verbundenheit mit Berlin, welche die Vorläufigkeit der Entscheidung angesichts der deutschen Teilung betone. Die Fotografien zeigen die Tag und Nacht stattfindenden Bauarbeiten rund um die Pädagogische Akademie, Impressionen vom Bonner Rheinufer und Wohnbauten, die für Abgeordnete und Angestellte von Bund, Ländervertretungen und Besatzungsmächten in Frage kämen. Bezeichnend sind auch die Bildunterschriften: Neben den angenehmen Seiten des Lebens in dem Universitätsstädtchen mit rheinischer Gemütlichkeit unterstrich Wandersleb, dass hier schon Gottfried Kinkel, Carl Schurz und Ferdinand Freiligrath für die Demokratie gekämpft hätten.

Welche Stadt das Rennen machte, blieb bis zur letzten Minute unentschieden. Nach Adenauers betont nüchternem Vortrag des Wahlergebnisses von 33 zu 29 Stimmen für Bonn brach auf den Besuchertribünen der Pädagogischen Akademie großer Jubel aus. Die Entscheidung war jedoch noch keine endgültige – im Bundestag sollten weitere Abstimmungen über die Hauptstadtfrage folgen. Hermann Wandersleb erhielt 1957 das Bundesverdienstkreuz. Die Stadt Bonn dankte ihm 1969 mit der Ehrenbürgerschaft. Nach seinem Tod am 19. Mai 1977 wurde er auf dem Bonner Alten Friedhof begraben. Seit 1985 erinnert ein Teilstück der B 56 als „Hermann-Wandersleb-Ring“ an den „Hauptstadtmacher“.

Text: Dr. Sabine Steidle

Broschüre „Bonn und der Rhein laden Sie ein“ aus dem Archiv der Stiftung Bundeskanzler-Adenauer-Haus, ©StBKAH